



WER STILLSTEHT WIRD BEWEGT WERDEN



von Martin Donat,
Vorsitzender der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Angesichts der plötzlichen neuen Einigkeit der Parteien, noch vor der Sommerpause ein Endlagersuchgesetz vorzulegen, werden die Risslinien so deutlich wie selten. Es sind die Risse im Salzstock Gorleben. Der Standort solle aus einer Endlagersuche „nicht ausgeklammert“ werden, erklärt der niedersächsische Umweltminister den Kritikern des Gesetzes und klammert am Gestrigen. Der Standort müsse aus fachlichen, nicht aus politischen Gründen ausgeschlossen werden.

Dass er seinerzeit, durch den Gorleben Untersuchungsausschuss hinreichend belegt, überhaupt nur politisch motiviert ausgewählt wurde, wird erfolgreich

verdrängt. Ein Endlagersetz soll schneller auf den Tisch, als ein Resümee des Untersuchungsausschusses. Wo der wirkliche gesellschaftliche Konflikt liegt, wird schon aus den raren Textentwürfen des Gesetzes deutlich: Gorleben findet sich als Einschub in Kursivschrift. Es bewahrt sich, was die Bürgerinitiative seit Jahren vorträgt. Solange die Diskussion um das ungelöste Atommüll-desaster Gorleben einschließt, beschränkt diese sich auf den Schlagabtausch von Argumenten für und wider. Im Schatten dieser Alibi-Debatte wird öffentlich kaum noch wahrgenommen, dass der Gesetzesentwurf auch mit Ausschluss Gorlebens kaum geeignet wäre, ein brennendes gesellschaftliches Problem zu lösen. Er fällt weit hinter die Vorschläge des Arbeitskreises Endlager zurück. Der Rechtsschutz Betroffener soll klammheimlich ausgehebelt und die Beteiligung der Öffentlichkeit einem neuen Bundesrat übertragen werden, von Umweltinformationsrechten und Augenhöhe keine Rede. Die Politik misstraut ihren Bürgern. Hinter vorgehaltener Hand ist schon zu vernehmen, auch an einem anderen Standort müssten „Erkundungsarbeiten“ polizeilich



18. Mai: Im Rahmen der Kampagne gorleben365 und der Kulturellen Landpartie veranstalteten X-tausendmal quer und Kurve Wustrow einen Wunde.r.punkt am Salzstock in Gorleben. Geplant war auch ein Camp. Dieses unterband aber die Polizei und räumte es auch schließlich.



durchgesetzt werden. „Bedauerlicherweise entscheiden die Wähler.“ Mit diesem Gesetzentwurf wird schon einmal Vorsorge getroffen. Die „wissenschaftlichen Kriterien“ sollen erst später diskutiert werden. Seit Jahrzehnten erleben wir, wie alle Kriterien sukzessive an die in Gorleben vorgefundenen Untersuchungsergebnisse angepasst werden. Der nächste gesellschaftliche Dissens ist vorprogrammiert. Er wird erfolgreich durch das Verfahren geschleppt.

Woran könnte dies alles liegen?

„Keine Lust, weitere Milliarden zu investieren“, wie es die Kanzlerin einst formulierte? Es drängt sich der schwerwiegende Verdacht auf, das ganze Gesetz solle nur dem Zweck dienen, ein Endlager Gorleben rechtssicher zu machen. Es waren nicht die Regierungen, sondern die Atomindustrie, die sich zuerst einen „Papiervergleich“ von Standorten vorstellen konnten, um eine „Abwägungsentscheidung“ nachzuliefern, die es zu Gorleben niemals gegeben hatte. Standortauswahl „light“ sozusagen.

Noch ist Deutschland aus der Atomenergie nicht ausgestiegen. Die Energiewende ist in der Kurve ins Schlittern gekommen. Der zuständige Minister ist dabei ausgerutscht. 0,0007 Gramm radioaktiver Abfall pro in Deutschland produzierter Kilowattstunde fallen weiterhin täglich an und verstopfen energisch die erneuerbaren Kabel. „Blut-Uran“ aus Afrika findet weiterhin seine dubiosen Wege in deutsche Kraftwerke. Aber seit Fukushima soll alles anders sein. Die internationale Atomlobby ist um mediale Schadensbegrenzung bemüht. Drohte der GAU uns nach Aussage der Verantwortlichen einst nur alle Million Jahre, machten sich Mainzer Wissenschaftler nun erstmals an eine einfache Rechnung: Betriebsdauer aller Atomkraftwerke geteilt durch die Zahl schwerer Unfälle. Alle 11,4 Jahre ein größter anzunehmender Unfall in einem Atomkraftwerk. Seit dem Desaster in der ASSE dürfte eine solche Aussage für ein Endlager ungleich viel einfacher geworden sein.

Man muss gar nicht mehr rechnen können, zählen der Jahre reicht völlig aus. Die Politik will ein Thema vom Tisch haben. Ein Ewigkeits-Thema, bei dem man politisch bei seinen Wählern wenig punkten kann. Am besten noch schnell vor der Sommerpause.

Wir werden uns von der neuen Offenheit nicht beirren lassen. Höfliche Dialoge helfen nicht weiter. Eine öffentliche Atommülldebatte muss her. Tausende in der Republik herumstehende oder bereits hastig in der Asse, Morsleben oder dem Schacht Konrad versenkte Behälter mit radioaktivem Material aller Aktivitäts-Klassen schreien nach einer Lösung. Müll-Tausch, stehen lassen, verfüllen und fluten bringen das Problem einer Lösung nicht näher.

Wer einen neuen Weg beschreiten will, muss einen alten Weg verlassen. Wer klammert, bewegt sich nicht. Wer sich nicht bewegt, muss bewegt werden. Natürlich muss Gorleben nicht nur aus politischen Gründen aus dem Verfahren bleiben, sondern auch anhand der Kriterien: Nämlich von Anfang an. ✨

VERLORENE MÄDCHEN – VERLORENES VERTRAUEN

von Wolfgang Ehmke,
Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Im Umkreis um das Zwischenlager in Gorleben werden deutlich weniger Mädchen als Jungen geboren. Das hatte der Mathematiker Hagen Scherb herausgefunden. Er rechnete vor, dass seit 1996 bereits 1000 Mädchen in der Statistik fehlten. Der Humangenetiker Karl Sperling aus der Berliner Charité vermutet, dass radioaktive Niedrigstrahlung das X-Chromosom des potentiellen Vaters schädigen kann mit dem Effekt, dass weibliche Embryonen in einem sehr frühen Stadium der Schwangerschaft unbemerkt absterben.

Wenn man bedenkt, dass 1995 die ersten Castoren in Gorleben eingelagert wurden und bereits ein Jahr später die Zahl der geborenen Mädchen zurück geht, liegt die Vermutung nahe, dass da ein Zusammenhang besteht. Aus Kreisen der Atomindustrie war zu hören, es gebe keine Beweise für einen Zusammenhang. Geburtenraten würden natürlichen Schwankungen unterliegen und die gesetzlichen Grenzwerte würden eingehalten werden.

„Forscher weisen schon seit Jahren darauf hin, dass auch Niedrigstrahlung einen Effekt auf Organismen haben könne“, kontert BI-Sprecher Lennart Müller. Seit 2010 seien diese neuen Erkenntnisse auch in den Empfehlungen des „Europäischen Komitees für Strahlenrisiken“ (ECRR) zusammengefasst.

Die Nachrichten sind eine große Belastung für die Region und schüren die Verunsicherung, die Rufschädigung des Wendlands hat begonnen: Ob es nun die Strahlenwerte des Castorlagers, die verlorenen Mädchen oder das Endlagerprojekt ist, die Region fühlt sich in entscheidenden Momenten von der Landesregierung im Stich gelassen. Strahlenwerte werden runtergerechnet, über die möglichen Folgen der Niedrigstrahlung informiert seit Jahren die Bürgerinitiative und die Landesregierung taucht ab, statt jetzt endlich zu intervenieren. Das Gezerre um Gorleben raubt einem den Nerv. ✨



MITGLIEDERVERSAMMLUNG TEIL II - NEUE SATZUNG, NEUER VORSTAND, NEUER WIND

von Franziska Behn,
Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Am 21. April 2012 wurde die 2. Runde der Mitgliederversammlung eingeläutet. Nachdem am 24. März im ersten Teil der Mitgliederversammlung bereits die neue Satzung für die BI vorgestellt und diskutiert wurde, verabschiedeten die anwesenden Mitglieder diese nun auch. Neben weiteren Themen wie die Vorstellung des Kassenberichtes stand an diesem Tag aber vor allem die Neuwahl des Vorstandes im Mittelpunkt.

Kerstin Rudek, die mehrere Jahre als Vorsitzende der BI auf die Problematik „Gorleben“ aufmerksam machte, kandidierte in diesem Jahr nicht wieder. Auch Schriftführerin Inge Schnieder und Beiratsmitglied Torsten Koopmann hatten sich im Vorfeld dazu entschieden, sich nicht wieder für den Vorstand aufstellen zu lassen. Und Wolfgang Ehmke deutete bereits an, zwar weiterhin im Vorstand mitarbeiten zu wollen, allerdings nicht mehr als Pressesprecher. Somit war also klar: es wird einen Wechsel im Vorstand geben.

In der Mitgliederversammlung stellten sich die neuen Kandidaten dann vor, allen voran der neue Vorsitzende, Martin Donat. Martin engagiert sich schon jahrelang unter anderem in der Kommunalpolitik und ist daher bestens mit dem Thema „Gorleben“ betraut. Daher wählten ihn die Mitglieder einstimmig zum neuen Vorsitzenden und ließen keine Zweifel daran, dass er der Richtige für diesen Posten zu sein scheint.

Als neuer Pressesprecher wird künftig Lennart Müller die BI vertreten. Lennart engagiert sich bereits seit dem letzten Jahr für die BI und würde neben seinem neuen Posten als Pressesprecher auch gerne die Vernetzung mit anderen Initiativen betreuen und vorantreiben. Zum neuen Schriftführer wurde Torben Klages gewählt, der ebenso wie Lennart seit dem letzten Jahr in

der BI aktiv ist und neben seiner Vorstandsarbeit auch gerne das Projekt „Fundraising“ vorantreiben möchte.

Das Thema „Fundraising“, also das Suchen und Betreuen eines deutschlandweiten Unterstützerkreises für die BI, spricht auch ganz besonders Klaus Longmuss an, denn durch dieses Projekt soll die BI langfristig und zuverlässig auf eine gesunde finanzielle Basis gestellt werden. Daher ließ er sich zum neuen Kassenwart der BI wählen.

Unterstützt wird er bei der Kassenführung vom bisherigen Kassenwart Heiko Jäger, der sich bereit erklärt hat, Klaus mit den finanziellen Geschäften der BI vertraut zu machen. In den Beirat wiedergewählt wurden Andreas Conradt und Günter Hermeyer. Neu dabei im Beirat sind Wolfgang Ehmke und Franziska Behn, die als einzige Frau und jüngstes Mitglied im Vorstand zukünftig dafür sorgen möchte, dass auch Jugendliche in der Region im Kampf gegen die Atomlagen angesprochen werden. ✨



Von links nach rechts:
Wolfgang Ehmke, Andreas Conradt,
Lennart Müller, Torben Klages, Heiko
Jäger, Günter Hermeyer, Franziska Behn
und Martin Donat. (Es fehlt: Klaus
Longmuss)



DIE INNEREN GRENZEN

Wolf-Rüdiger Marunde

Vor 80 Jahren wurde unsere Gebietskörperschaft gegründet, seit 40 Jahren kann sie ihre Ausgaben nicht mehr finanzieren, seit 20 Jahren schrumpft ihre Bevölkerung und alle zehn Jahre verringert sich die Zahl der einzuschulenden Kinder um die Hälfte. Lüchow-Dannenberg ist der einwohnerärmste Landkreis der Bundesrepublik. Allmählich müssten sich die Einwohner darüber Gedanken machen, wo das alles enden soll.

Aber die Lüchow-Dannenger leben ganz im Hier und Jetzt. Sie mögen ihre gewohnten Grenzen. Auch die inneren. Eine verläuft quer durch das Wendland, eine zweite trennt die mit Atomspeck gefütterte „Samtgemeinde Gartow“ vom verarmten Restkreis. In den drei Zonen „Süd“, „Nord“ und „Ost“ haben gesinnungsstarke Dorfbregenten das Sagen. Größere gemeinsame Projekte konnten sie bisher zuverlässig vereiteln – sogar eine gemeinsame Strategie gegen die Auflösung des Kreises. Die ganze Zeit haben wir so getan, als ginge uns das alles nichts an. Jetzt, wo es zu spät ist, gehen die Leute plötzlich auf die Barrikaden. Und dabei rufen sie Argumente von gestern.

Viele fürchten die Reisen zum Lüneburger Amt, auch wenn die meisten Behördengänge per Internet erledigt werden können. Viele sagen, dass nur der eigene Landkreis den Fortbestand der Büchereien, Schwimmbäder und Schulen garantieren könne. Obwohl sie seit vielen Jahren mit ansehen müssen, dass es genau dort immer härtere Einschnitte gibt. In der Zukunftsfrage „Bildung“ ist der Landkreis bereits gescheitert. Zwei kommunale Arbeitskreise, die über eine modernisierte, den sinkenden Einwohnerzahlen angepasste Schullandschaft nachdenken sollten, endeten ohne Ergebnis. Gemeinsamer Unterricht oder Zusammenlegungen von weiterfüh-

renden Schulen bleiben tabu. Aber die eingeseessene „Generation Landluft“ interessiert sich mehr für die eigene Identität. Und die hängt am Gartenzaun. Zwischen Himmelfahrt und Pfingsten wird diese Beschaulichkeit dann stolz den Touristen präsentiert. Das reicht an Welt-offenheit.

Verschwörungstheoretikerglauben, der Kreis würde „von oben“ aufgelöst, um den Gorleben-Widerstand zu schwächen. Aber der ist von den Landkreisgrenzen unabhängig. Die Bürgerinitiative wie auch die Bäuerliche Notgemeinschaft arbeiten seit langem an ihren überregionalen Netzwerken, beide gehen verstärkt nach draußen, weil sie wissen: Es geht nicht nur um Gorleben. Nichts gegen unsere kreiseigenen Resolutionen. Aber sie sind nur ein lauwarmer Pups im Vergleich zu dem Sturm, den die dicht besiedelten baden-württembergischen oder bayrischen Regionen entfachen, wenn dort ein möglicher Endlagerstandort untersucht werden sollte.

Und warum soll undenkbar sein, dass mit den neuen Zuständigkeiten auch das Verantwortungsgefühl für die Gorlebener Anlagen in Lüneburg, Uelzen und sogar Hamburg steigt? Die benachbarte Presse berichtet über sie nicht weniger als unsere und aus der Metropolregion Hamburg kommt enorme Solidarität. Das haben nicht nur die vielen Busse zu den Castor-Demonstrationen gezeigt.

Spätestens wenn der Bundestag ein Endlagersuchgesetz verabschiedet, wird der Kreis Lüchow-Dannenberg seine Bedeutung als Kristallisationspunkt des Widerstandes verlieren und zu einem kleinen „Widerstandsnest“ werden. Dann müssen wir erst recht starke Argumente von nationaler Relevanz vorbringen und Bündnispartner gewinnen. Können Kreisfusionen die finanziellen Nöte von ländlichen Regionen überhaupt beseitigen? Nein. Denn die eigentli-

chen Ursachen liegen in den immer größeren Aufgaben, die Kreise und Kommunen bewältigen müssen, ohne dass sie auch die entsprechenden Mittel dafür bekommen. Aber dieses strukturelle Problem wird durch Kleinstaaterei auch nicht gelöst. Und die Frage ist: Warum sollte der zerstrittene Minikreis Lüchow-Dannenberg damit besser umgehen können als ein Landkreis normaler Größe? Hier sind die Argumente bislang ausgesprochen faktenarm geblieben. Viele sagen, dass ein größerer Kreis unsere politischen Gestaltungsmöglichkeiten einschränkt. Aber dann müssten wir gleich über einen Rückbau in die Altkreise Lüchow und Dannenberg nachdenken. Und am besten gleich noch einen Landkreis Gartow abtrennen. Selbstverständlich mit Anspruch auf ein eigenes Gymnasium.

Sarkasmus beiseite. Natürlich sind Heimatgefühle, Identifikation mit einer Region verständlich, normal, menschlich. Aber wieso können sie sich nicht an ein Wendland binden, das ohne innere und äußere Grenzen auskommt? Unsere Dörfer bleiben auch nach einer Kreisfusion dort, wo sie sind. Die Nachbarn und Freunde auch. Die Elbe fließt auch weiterhin in ihrem Bett, und unsere Adler segeln frech nach Mecklenburg, Brandenburg und wieder zurück. ✨



2. Juni: Auf dem Marktplatz in Lüchow feiern rund 1000 WendländerInnen das KreiserhaltsDEMOKratiefest. Sie wollen damit den Lokalpolitikern deutlich machen, dass sie mit einer Fusion des Landkreises Lüchow-Dannenberg nicht einverstanden sind.



BESONDERE KENNZEICHEN: „ANDERSSEIN“

Andreas Conradt,
Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Es mag schon stimmen: Die Fusion des Landkreises Lüchow-Dannenberg mit einem Nachbarn wird den Protest um das Zwischenlager und um das so genannte Erkundungsbergwerk in Gorleben nicht sofort schmälern. Doch das bunte Volk, das sich im Laufe der letzten 35 Jahre im Wendland angesiedelt hat, war nie auf Gorleben allein fixiert, sondern hat mit der Zeit eine Kultur der Alternativen entwickelt – für alle Lebenslagen. Vom Klo über Wohnideen bis hin zur Energieversorgung und Kunst – in Lüchow-Dannenberg gibt es Antworten auf Alltagsfragen, die man anderswo vergeblich sucht.

Dieses gleichzeitig kollektive wie auch individuelle „Anderssein“ hat dem Wendland seinen Stempel aufgedrückt, aber auch seinen ländlichen Charme weitgehend erhalten, hat manch katastrophale Entwicklung verhindert, die anderenorts das Land zur Pseudo-Stadt hat werden lassen, kurzum: Dieses „Anderssein“ hat dem Wendland eine Identität gegeben, die den Menschen hier ein tiefes Gefühl von Zufriedenheit und Zusammengehörigkeit gibt und ihnen Motor ist für ihr unbequemes, unbeugsames Verhalten und für vielgestaltigen, bunten Protest.

Entwickelt hat sich eine Szene, die quicklebendig ist, die aber auch die regionalen Parlamente – Stadt- und Gemeinderäte und den Kreistag – immer wieder kräftig unter Druck setzt. Nicht wenige sind davon überzeugt, dass der Geist der Republik Freies Wendland in den Grenzen des heutigen Landkreises Lüchow-Dannenberg noch spürbar ist.

Dabei ist es den Atomkraftgegnern im Laufe der Jahrzehnte auch gelungen, die Machtverhältnisse im Kreistag gehörig durcheinander zu wirbeln und eine atomkritische „Gruppe X“ aus allen Parteien außer der abgeschlagenen CDU zu installieren. Sie hat bisher dafür gesorgt, dass Bedrohungen anderer Art als Gorleben – Autobahnbau und ähnliche Grausamkeiten – weitgehend unterblieben, und das wiederum hat dazu geführt, dass die Uhren im Wend-

land „langsamer ticken“. Man mag das belächeln, doch wissenschaftliche Studien haben längst ergeben, dass ein solches Umfeld neben der Lebensqualität auch die Kritikfähigkeit fördert.

Mit einem Kreistag im fernen Lüneburg statt in Lüchow mit verwässerten Machtverhältnissen im Kreistag dürfte es deutlich schwerer werden, ein solches Umfeld und damit die Kritikfähigkeit der Menschen und die heutige Identität des Wendlands zu erhalten. Und diese Identität ist wichtig für das Wohlbefinden der Menschen und damit das Engagement, das seit 35 Jahren vom Wendland ausgeht. Es wäre nicht nur schade, es wäre fatal, wenn einem der kräftigsten Motoren der bundesweiten Anti-Atom-Szene der Sprit ausginge.

Identität braucht Abgrenzung, sonst funktioniert sie nicht. Wenn also von der Identität einer Region gesprochen wird – und von deren drohendem Verlust –, dann kommt plötzlich selbst unsichtbaren Grenzen eine viel höhere Bedeutung zu, als die eingezeichneten Linien auf einer Landkarte das vermuten lassen. ☀



19. Mai: Eine „Modenschau des Widerstandes“ blockierte das Haupttor des Salzstockes in Gorleben. Der Schichtwechsel des Wachpersonal wurde erneut verzögert. Die Aktion fand im Rahmen von gorleben365 statt.



DIE WAHRHEIT ZUM ATOMAUSSTIEG

von Jan Becker, *contratom*

Deutschland steigt aus. Ein Medienrummel, eine Anti-Atom-Kanzlerin, der (ehemalige) Umweltminister Röttgen wird zum AKW-Abschalter. Doch ein ganz dicker Brocken ist im Zusammenhang mit dem neuen „Konsens“ über den Atomausstieg auf der Strecke geblieben. Darauf habe ich in zwei Vorträgen und mit einer Ausstellung während der Kulturellen Landpartie (KLP) hingewiesen. Auf der Mützingenta und bei den „Castor-Gesprächen“ in Prisser lauschten zahlreiche Besucher den Ausführungen.

Denn: Neun Reaktoren laufen weiter. Was kaum jemand bemerkt hat, ist die Laufzeitverlängerung, die alle Meiler mit dem neuen „Konsens“ bekommen haben. Bis zu fünf Jahre länger dürfen sie im Vergleich zum Rot-Grünen Konsens am Netz bleiben, teilweise völlig willkürlich: Gundremmingen B und C sind baugleich im gleichen Jahr in Betrieb genommen worden - und Block C darf noch bis 2021 laufen, während der Nachbarreaktor schon 2017 stillgelegt werden soll. Vergessen wurde auch das Ende für die Urananreicherungsanlage in Gronau. Im Gegenteil, zum „Ausstieg“ wird die Anlage weiter ausgebaut, sodass rechnerisch jedes zehnte AKW weltweit (!) mit Brennstoff aus Deutschland versorgt wird. Gesprochen werden muss auch über die Herkunft des Urans für die letzten neun AKWs. Die Bundesregierung hat kein Interesse an Informationen, unter welchen Umständen die Menschen im Niger oder in Kasachstan arbeiten, inwieweit radioaktiver Staub die Umgebung der Minen verseucht oder ganze Völker vertrieben werden.

Natürlich muss auch über Gorleben gesprochen werden. Fakt ist, dass die Entsorgungsfrage im neuen „Atomkonsens“ keine Rolle spielt. Mit jedem weiteren Betriebstag der Reaktoren wächst der Müllberg, für den es keine Lösung gibt. Denn auch in den letzten Betonköpfen sind die Zweifel an Gorleben angekommen. Nachdem der „Dialog“ um den Salzstock im Wendland gescheitert ist, soll eine „weiße Landkarte“ und „alternative Standortsuche“ den Prozess entzerren. Doch das eigentliche Problem - die immer weiter zunehmende Menge des Mülls - wird missachtet.

Im Herbst 2011 rollte der vorerst letzte Castor nach Gorleben. Es wird wohl ein paar Jahre dauern, bis wieder hochradioaktiver Atom Müll in die Zwischenlagerhalle transportiert wird. Sicher ist aber: er kommt. Und sicher ist auch, dass Atomtransporte weiterhin unzureichend gegen Einwirkungen Dritter geschützt sind. Bei den Atom Müll-Lagerhallen wird über Terrorschutz diskutiert, dass aber Panzerfäuste einen Castor zerstören können und die Unfalltests einer realen Havarie nicht entsprechen, teilweise auch nur Berech-

nungen gemacht wurden, das wird lieber verschwiegen. Auch über die vielen Lkw-Transporte mit Uran oder Brennelementen, die aus den Häfen Hamburg oder Rostock in die Urananlagen bzw. AKWs rollen oder über deutsche Autobahnen ins Ausland führen, wird geschwiegen.

Schon vor dem Aus der acht ältesten AKWs gab es immer wieder Drohungen von „großflächigen Stromausfällen“. Fakt ist: seitdem ist nichts passiert. Im Gegenteil ist Deutschland in der Bilanz auch 2011 Stromexporteur geblieben - wie alle Jahre zuvor. Mit Grafenrheinfeld soll 2015 das nächste AKW stillgelegt werden. Schon heute warnen Politiker und Stromkonzerne mit den nächsten Schauernmärchen vor Blackouts. Doch die erneuerbaren Energien versorgen schon heute ohne Probleme die deutschen Stromkunden - mit immer weiter zunehmendem Anteil am Strommix. Am Ende der „Wahrheit zum Atomausstieg“ steht ein Appell: Wir sind noch lange nicht am Ende, der Kampf um die Abschaltung der Atomkraftwerke muss an jeder einzelnen Anlage geführt werden. Denn freiwillig werden die Energiekonzerne ihre „Gelddruckmaschinen“ nicht abschalten. Und auch um Gorleben ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Weitere Gründe und Argumente, weshalb - außer dem Ende der acht AKW - der „Atomausstieg“ keinen Applaus verdient hat, findet ihr im Internet: www.contratom.de ☀



22. Mai: Proteste gegen das Atomforum, das in Stuttgart tagte. Begleitet wurde der Auftakt der weltgrößten Versammlung der Atomlobby von einem bunten Protest von etwa 200 bis 300 Aktivisten. Im Rahmen der Protestaktionen kam es vor der Halle zu vereinzelter Blockadeaktionen.



AKTIVITÄTEN DER BI

von Torben Klages,
Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Was war?

Podiumsdiskussion „Am Anfang ist das Uran“

Die Veranstaltungsreihe „Vom Anfang zum Ende“ endete im Mai mit einer Podiumsdiskussion. Sehr eindringlich schilderten die PodiumsteilnehmerInnen Kerstin Schnatz, Dr. James Albert und Günter Hermeyer die Situation der Menschen in den Uranabbaugebieten der Länder Australien, Indien, Niger und Mali. Die Diskussion, geleitet von Steffi Barisch von der Kurve Wustrow, konnte noch einmal klar herausarbeiten, dass der „Anfang allen Übels“ unter schrecklichen Folgen in den Ländern zu Tage tritt, in denen Uranerz abgebaut wird. Uranerz, welches nach einigen Verarbeitungsprozessen auch der „Treibstoff“ in deutschen Atomkraftwerken ist. Der Abschlussveranstaltung gingen sechs Termine mit Filmvorführungen voraus. Durchgeführt wurde die Veranstaltung von der Kurve Wustrow, der Kinogruppe Platenlaase und der BI im Rahmen der Kampagne *gorleben365*.

Kulturelle Landpartie im Wendland vom 17. bis 28. Mai 2012

Die BI war während der gesamten Zeit auf der Mützingenta in Mützingen mit einem Informationszelt vertreten. Die Besucher hatten täglich die Möglichkeit, sich über die Arbeit der BI zu informieren, politische Entwicklungen zu diskutieren und natürlich die Stromwexelstube in Anspruch zu nehmen.

Was wird sein?

Tagung der evangelischen Akademie Loccum

Auch in diesem Jahr werden Vertreter der BI zur Tagung nach Loccum fahren. Zu dem Thema „Endlagersuche - auf ein Neues?“ werden die Vertreter der BI ihren Standpunkt äußern.

kreiserhaltsDEMOKratiefest

Die BI unterstützt den Aufruf gegen eine Kreisfusion. Im Rahmen des kreiserhaltsDEMOKratiefestes wird die BI gegen eine Strukturschwächung der Region demonstrieren.

Atommüll-Konferenz

Zusammen mit der AG Schacht Konrad, dem Asse 2 Koordinationskreis und der Bürgerinitiative Morsleben wird die BI am 23. Juni 2012 in Hannover eine Konferenz veranstalten. Zentraler Punkt wird der Austausch mit anderen Anti-Atom-Initiativen sein. Insbesondere soll eine Bestandsaufnahme deutschen Atommülls erarbeitet werden, die als Grundlage für eine öffentliche Atommülldebatte zugrunde gelegt werden kann. ☀



1. Juni: Der Besuch des neuen Bundesumweltministers Peter Altmaier (CDU) im havarierten Atommülllager ASSE II ist rund 150 Demonstranten Anlass, eine schnelle und sichere Bergung des radioaktiven Abfalls zu fordern.



TERMINE • TERMINE • TERMINE • TERMINE

22. bis 26. Juni	Tour de Fessenheim; Dreyeckland, www.tour-de-fessenheim.de
22. bis 24. Juni	„Tour de fessenheim“; Anti Atom Gruppe Freiburg u. Netzwerk Regenbogen
23. Juni	11-17 Uhr: Atommüllkonferenz der Initiativen AG Schacht Konrad - BI Morsleben - Asse 2 Koordinationskreis - BI Lüchow-Dannenberg, DGB-Haus Hannover, Otto-Brenner-Str. 1, Kontakt: atommuell-konferenz@gmx.de
jd. Montag	18 Uhr: Fukushima Mahnwache; Castorgruppe Dannenberg; Marktplatz Dannenberg
Jeden Sonntag: 13 Uhr Spaziergang und 14 Uhr Gorlebener Gebet	

BLOCKADEN IM RAHMEN VON GORLEBEN365

9. Juni	18 Uhr: Castorgruppe Hühbeck
10. Juni	Kieler BI gegen Atomkraft
16. Juni	Anti Atom Berlin; Sommerfest
23. Juni	Pax Christi Friedensgebet
23. Juni	LäuferInnen blockieren
30. Juni	Bund für soziale Verteidigung 11.00h-17.00h,
1. Juli	12 Uhr: Vereinigte Energiebündel (VEB); Elm-Braunschweig- Timmerlah
9. Juli	Friedensinitiative Kyritz-wRuppiner Heide

Mehr Infos: www.gorleben365.de

Bitte schickt mir
dreimal kostenlos und unverbindlich
die Gorleben Rundschau zu.

Name:

Vorname:

Straße, Hausnr.:

PLZ, Ort:

E-Mail:

Ausschneiden und abschicken an:
BI-Büro, Rosenstr. 20, 29439 Lüchow
service@gorleben-rundschau.de

DIE CDU IM LANDKREIS LÜCHOW DANNENBERG

von Wolfgang Ehmke,
BI Umweltschutz Lüchow Dannenberg

Unter dem Eindruck der Reaktorkatastrophe von Fukushima rückt die Bundesregierung von der Atomkraft ab. Und nun wird sogar um ein Endlagersuchgesetz gerungen, bei dem Gorleben zwar im Spiel bleibt, möglicherweise sogar als Trick, um die Planungsfehler zu revidieren und am Ende doch Gorleben durchzusetzen. Aber um die Lage etwas zu beruhigen, will die Landes- und Bundespartei zumindest einen Bau- und Erkundungsstopp. Das wäre die historische Chance der Kreis-CDU, sich vom Alleinstellungsmerkmal „pro Atom“ und „pro Gorleben“ zu verabschieden.

Doch was macht die Kreis-CDU?

Sie verabschiedet Mitte Mai ein Papier, im dem zwar von „rasanten gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen“ nach Fukushima die Rede ist und gesteht sich ein, dass das Thema Gorleben „alle Lebensbereiche mittlerweile überlagert und lähmt“, daraus müsse man „die Konsequenzen“ ziehen, kündigen die Christdemokraten an. Alternativstandorte sollten „schnellstmöglich auf ein vergleichbares Erkundungsniveau“ in Gorleben gebracht werden. Aber einen Bau- und Erkundungsstopp lehnt die CDU ab. Im Gegenteil: ein Forschungslabor unter der Ägide eines deutschen Bundesinstituts für Endlagerung soll her. Und die Gartower CDU-Leute, die offensichtlich an die Millionen Euro denken, die ihnen der Ansiedlungsvertrag mit der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) jährlich in die Haushaltskassen spült, sorgen dann unter Verweis auf die Arbeitsplätze dafür, dass statt der angekündigten „Konsequenzen“ das Weiterwurschteln in Gorleben, dieser ganze Murks ohne Sinn und Verstand als Parteilinie festgeschrieben wurde. Wer sich so verheddert, wer so rückwärtsgewandt agiert, wer sich so einigelt findet keine Freunde mehr.

IMPRESSUM

Die Gorleben-Rundschau erscheint zehn- bis zwölfmal jährlich und wird von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e. V. herausgegeben. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber wieder. Für Neuerungen, produktive Anregungen und LeserInnenbriefe sind wir immer ansprechbar. Es ist erwünscht, eigene Texte zum Thema Atomkraft, Gorleben und erneuerbare Energien einzubringen. Sie werden gerne veröffentlicht, sofern sie in den Kontext der Ausgabe passen.

Redaktion: A. Conradt, T. Koopmann, F. Behn, A. Hagen, J. Becker
Gestaltung: A. Hagen

Auflage: 3000, Gedruckt auf weißem 100% Recyclingpapier

Anschrift der Redaktion: Rosenstraße 20, 29439 Lüchow

Fon: 05841 - 4684, Fax: 05841 - 3197

E-Mail der Redaktion: redaktion@gorleben-rundschau.de

E-Mail für Abonnements: service@gorleben-rundschau.de

www.gorleben-rundschau.de und www.bi-luechow-dannenberg.de

Facebook: [facebook.com/BI.Luechow.Dannenberg.e.V](https://www.facebook.com/BI.Luechow.Dannenberg.e.V)

Öffnungszeiten: Mo, Mi, Fr, Sa 9 - 12 Uhr, Di + Do 15 - 18 Uhr